

# Dresdner Nachrichten

Meyer's mollige Schlafrocke!  
Schlafrock-Meyer, nur Frauenstr. 7

42. Jahrgang.

Telegr.-Adresse:  
Nachrichten, Dresden

**Simon's  
Annen-Hof**  
Dresden  
Am Centrum der Stadt.  
Vorzügliches  
Mittelstands-Hôtel  
für Geschäfts- und  
Vergnügungs-Reisende,  
Familien und Touristen.  
Mässige Preise.  
Gutes Restaurant  
Pilsener Actienbrauerei.

**R. Boyer** → Papier-Fabrik-Lager →  
Papier-Grosshandlung → **Am See 16**  
Größtes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere, Formate  
und Rollen in allen Grössen. Schreib-, Post-, Druck- und Um-  
schlag-Papiere. Imittirt - feinst - und - und - und -  
Permanente. Weisses und farbige Seidenpapiere.  
Galgelbepost. - Billigste Preise. - Prompteste Bedienung.

**Julius Schädlich**  
Am See 16, part. u. I. Et.  
**Beleuchtungs-Gegenstände**  
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

**Photogr. Atelier „Adèle“**  
(Inh.: A. verw. Rosenkranz)  
Striesenerplatz 11. Filiale: Weisser Hirsch  
hält sich bestens empfohlen.  
Visit 1 Dutzend 6 Mark.  
Cabinet 1 .. 18 ..

## Vernickelung von Schlittschuhen aller Systeme. Otto Büttner, Falkenstr. 1-3.

Nr. 348. Spiegel: Steuerdebatte im Landtag. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Christmarkt, Rhythmisches Bitterung: **Donnerstag, 16. Dezember 1897.**

### Steuerdebatte im Landtag.

Dass es die Hauptaufgabe der Steuerreformvorlage ist, nicht sowohl eine bloße, rein fiskalische Steuererhöhung zu erzielen, sondern eine wirkliche Reform des Steuerwesens im Sinne der modernen Anschauung über die gerechte Verteilung der Steuerlasten und über die Entlastung der minder bemittelten Klassen herbeizuführen, war der Gesichtspunkt, der bei der gestrigen Vorbereitung des Dekrets Nr. 3, die Weiterführung der Reform der direkten Steuern betreffend, sowohl von dem Herrn Finanzminister v. Bodoors als von den Rednern des Hauses als maßgebend in den Vordergrund gestellt wurde. Nicht aus eigener Initiative, sondern auf die Anregung der zweiten Kammer, von der seit Jahren eine Fortführung der Reform durch Beibehaltung der dem bestehenden Steuerwesen anhaftenden Mängel, Ungerechtigkeiten und Härten gefordert worden war, batte sich die Regierung entschlossen, den in Dekret 3 vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Von vornherein war daher anzunehmen, dass die Ordnungsparteien dem Prinzip, auf dem dieses Dekret beruht, ihre Zustimmung nicht versagen würden. In der That ist im Verlaufe der bisherigen Verhandlung von keiner Seite auch nur der Versuch gemacht worden, die Richtigkeit des Grundgedankens zu bezweifeln, dass die Besitzenden ihrer höheren Leistungsfähigkeit entsprechend in erhöhter Maße zur Tragung der Staatslasten herangezogen werden. Eine auf den Grundgedanken der Gerechtigkeit aufgebaute Reform der direkten Steuererhebung ist nur durchführbar mit Hilfe höherer Belastung derjenigen, die bisher eine verhältnismäßig niedrige Steuer getragen hatten. Unsere Steuererhebung wird vorwiegend von dem bestehenden Teile der Staatsangehörigen beinhalten und beherstet. Den Besitzenden mag es gewiss ein Akt großer Entfagung sein, von dem persönlichen Untererhaltenpunkte vollständig abzugeben und für die höhere Besteuerung ihrer Vermögen einzutreten. Aber diese Entfagung muß geübt werden; sie ist nicht bloß ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch ein Akt echter Vaterlandsliebe.

Die gestrigen Debatten haben gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Kammer nicht allein die Berechtigung der Höherbesteuerung des höchsten Einkommens gegenüber dem unbedingten, wie sie in dem Vermögenserkenntnis zum Ausdruck kommt, anerkennt, sondern dass sie auch geneigt ist, über die Regierungsvorschläge hinaus zu gehen und eine stärkere Progression nach oben hin eintreten zu lassen. Die Vorschläge zweier Redner, des Nationalliberalen Richter und des Konservativen Behrens, gingen dahin, statt der Vermögenssteuer die Progression bei der Einkommensteuer nach oben hin zu erhöhen, sodass die kleinen Rentner und der Mittelstand bei der Steuererhöhung überhaupt nicht beunruhigt werden. Hierin begegneten sie sich mit den Forderungen der meisten übrigen Redner, die im Allgemeinen für ein Hinüberwachen der Grenze, von welcher an nach der Regierungsvorlage die Vermögensbesteuerung beginnen soll, eintreten. Kleine Rentner, führte der Abg. Richter aus, dürften für die Enthaltensart und Sparianskeit, mit der sie sich ein kleines, für das Alter ausreichendes Vermögen gesammelt haben, doch nicht durch eine besondere Steuer dränntet werden. Der Abg. Behrens glaubte, die Vermögenssteuer vor Allen aus dem Grunde vorzuziehen zu müssen, weil sie der Forderung, die Lasten von den schwachen Schultern auf stärkere zu übertragen, in keiner Weise gerecht wird, während andererseits die Progression bei der Einkommensteuer nur bei Einkommen bis zu 10,000 Mk. genügend zum Ausdruck gekommen sei. Er empfiehlt, die Progression bei der Einkommensteuer darüber hinaus bis zu 6 Prozent fortzuführen. Der nationalliberale Abgeordnete Richter macht gegen die Vermögenssteuer geltend, dass das Bedenken geltend, dass der finanzielle Ertrag in keinem Verhältnis zu der ungeheuren Belastung stehe, die sie durch ihr Einschlagungsverfahren für die Besitzenden zur Folge haben müsse. Dieses Bedenken wurde von fast allen Rednern betont. Der konservativere Abgeordnete Dörsch erklärte, dass unbedingt weitere Entlastungen und Befreiungen, die das Einbringen in die persönlichen Verhältnisse infolge der Vermögensabschätzung mit sich führe. Der nationalliberale Führer Vizepräsident Georgi bezeichnete insbesondere den § 24 des Vermögenserkenntnisses für unannehmbar, wonach der Besitzsteuerinspektor berechtigt ist, von Jedermann über dessen Besitz und Vermögensverhältnisse auf bestimmte Frage Auskunft zu verlangen, sowie von den in ihrem Besitze wohnhaften Personen Auskünfte oder Gutachten über Beschaffenheit und Wert einzelner Vermögensgegenstände zu fordern. Im Allgemeinen wird, abgesehen von den erwähnten Dissidenten und einer kleinen nationalliberalen Minorität, die den ablehnenden Standpunkt vertritt, die große Kammermehrheit der Vermögenssteuer wohlwollend gegenüber; auf ein Zustandekommen dürfte aber nur dann zu rechnen sein, wenn die Forderung, von welcher an die Besteuerung erfolgen soll, höher hinauf gesetzt wird, wenn ferner noch oben hin eine Progression eintritt, und wenn Entlastungen gegen alle empfindliche Eingriffe in die persönlichen Verhältnisse infolge des Einschlagungsverfahrens geschaffen werden.

Fälle sehr hoher Anfälle eine Besteuerung zuzulassen wäre. Im Übrigen wird wie bei der Vermögenssteuer so auch bei der Erbschaftsteuer von den Konservativen der Grundgedanke vertreten, dass die Progression nach oben hin erhöht werden müsse. Dem Einverständnis, dass sich bezüglich der Erbschaftsteuer vorläufig ergeben hat, steht eine weitgehende Differenz der Anschauungen über das Schicksal der Grundsteuer gegenüber. Die Regierung batte erklärt, dass sie nicht unbedingt an ihrem Vorschlag festhalten wolle, die ungleichmäßigste Grundsteuer an die Schulgemeinden zu überweisen, sondern dass sie auch gern geneigt sei, der Verabreichung der Grundsteuer auf die Hälfte zuzustimmen, und zwar umso mehr, als sie zugeben müsse, dass der Grundbesitz, insbesondere der verkehrte, in unbilliger und ungerechter Weise belastet sei. Während Vizepräsident Strelt Namens des Kammerpräsidenten für die Beibehaltung der Grundsteuer im bisherigen Umfang eintrat und Vizepräsident Georgi Namens der Nationalliberalen die Beibehaltung mit der ausdrücklichen Erklärung verlangte, dass diese Steuer als eine ungerechte nicht angesehen werden könne, ging die konservative Partei in dieser Frage vollständig auseinander. Die Einen forderten die vollständige Aufhebung der Grundsteuer als Staatssteuer und die Freigabe dieser Steuerquelle für die Gemeinden. Andere plädierten für die vollständige Aufhebung oder den Wegfall der Hälfte der Grundsteuer. Auch die Ansicht, dass die Hälfte der Grundsteuer den politischen Gemeinden überwiehen werden soll, wurde in der Kammer vertreten.

Von der Sozialdemokratie batte man bedingungslose Zustimmung in der Vorlage erwarten sollen. Handelt es sich doch um die Erschließung neuer Einnahmequellen auf dem Wege direkter Steuern, der von ihr als der einzige vernünftige und gerechte bezeichnet wird. Ueberdies sollen diese neuen Steuern ausschließlich von den bestehenden Klassen aufgebracht werden. Rebel hat vor wenigen Tagen im Reichstage den Nationalismus dieser Klassen verpöndelt, weil diese sich hätten würden, einmal zur Deckung notwendiger Mehrausgaben in den eigenen Beutel zu greifen. Der sozialdemokratische Agitator rief seinen Gegnern zu: „Hätten Sie es versucht, mit einer Einkommen- und Vermögenssteuer die Wagnisforderungen zu decken, ihr Todesurteil wäre im Augenblick besiegelt.“ Im vorliegenden Falle haben ohne Furcht vor diesem Todesurteil die sächsische Regierung und voraussichtlich auch die überwindende Landtagsmehrheit die Absicht, nur die Besitzenden zur Verabreichung neuer Einnahmen heranzuziehen und zwar für Interessen, an denen, soweit es wenigstens die Verbesserung der materiellen Lage der Volksschullehrer betrifft, die arbeitenden Klassen den Hauptanteil haben. Da hätten doch eigentlich unsere Sozialdemokraten ein begeistertes Loblied auf den Nationalismus und die Unverwundlichkeit der „regierenden“ Klassen anstimmen sollen. Aber dazu gebot eine Ehrlichkeit, welche die Vertreter der Umstürzpartei nicht besitzen. Da nun hier das Schlagwort, dass die Arbeiter bluten müssten, wenn neue Einnahmen geschaffen werden, beim besten Willen nicht zu verwenden war, so befand sich der Redner der sozialdemokratischen Fraktion in Verlegenheit, wie er es denn anfangen sollte, um der Aufgabe, der er sein Dasein verbannt, durch juchendendes Schreien und Heulen die Unzufriedenheit nach zu halten und zu erregen, gerecht zu werden. Er begnügte sich in der Hauptsache mit allerhand fleischlichen Ausstellungen und Vorwürfen; sobald er aber nahe daran war, der Regierung anerkennende Worte für ihre Votlagen auszusprechen zu müssen, erinnerte er sich sofort des Wortes, das sein Genosse Goldstein für die Landtagsverhandlungen aufgestellt batte: Die Unzufriedenheit ist der eigentliche Hebel, der vorwärts treibt; zufriedene Menschen sind dumme Menschen. Wenn der Abg. Großhans aus dem Anselinandengehen der Ansichten der Ordnungsparteien in Bezug auf die Gestaltung der Steuerreform den Schluss ziehen wollte, dass die Mehrheit gar nicht die Absicht habe, eine gerechte Reform zu Stande kommen zu lassen, so befindet er sich im Irrtum. Allerdings ergaben die gestrigen Verhandlungen eine Einmütigkeit vorzugsweise nach der negativen Richtung, aber andererseits ist doch auch der einmütige Wille zu Tage getreten, einen Weg zu finden, um eine gerechtere Steuerverteilung besonders ohne jede Mehrbelastung des Mittelstandes herbeizuführen.

Betreffs der Arbeiten des Wirtschaftsausschusses bittet Redner bei Feststellung neuer Handelsverträge nicht wieder so summarisch zu verfahren, wie es bei Festlegung der jetzt bestehenden Verträge in der That geschehen sei. Redner erinnert an das nachahmenswerte Vorgehen der leitenden Männer in Frankreich. Dort ist die Regierung vom Parlament vor Kurzem ermächtigt worden, provisorische Verträge gegen Amerika einzuführen. Das zum Schluss unsere wichtigste Vorlage, die Flottenvermehrung, betrifft, so sei gewisse Hoffnung vorhanden, eine Verständigung herbeizuführen. — Abg. Veibel (Soz.): Graf Kanitz batte sich u. a. auf eine Broschüre eines gewissen Jücker gegen die Sozialdemokratie bezogen. Dieser Jücker sei aber wegen gemeiner Begehren bestraft, er sei auch gar nicht der deutschen Sprache mächtig; sein eigentlicher Hintermann sei ein Redakteur Jink von der „Post“, den auch der „Berein Berliner Presse“ habe auswiesen müssen. Die neueste Verurteilung und die Handwerker-Angehörigen haben ergeben, dass speziell im Handwerk die selbstständigen Gewerbetreibenden immer mehr verdrängt werden. Das Proletariat wache immer mehr an. Wenn Kanitz seine geistige nationalökonomische Weisheit in Arbeitervereinsammlungen in Post, Cottbus, Ebersdorf, Barmen oder im Säch. Vogtlande vorgetragen batte, er würde ausgelacht und verhöhnt worden sein. Was Graf Voiventhal hier erwähnt, was er nicht das, was ich geküsst batte; ich habe nicht gesagt, dass 10,000 Sachen durch die Ueberbesetzungsmengen zunichte seien, sondern 10,000 Sachen, Schlesier u. s. w. Ich gebe zu, dass Sachen mit seinen Unterstützungen Preußen um einen Schritt vorausgekommen ist. Preußen hat, nachdem erst 2 Millionen zusammengebetzelt waren, auch seinerseits als Staat 2 Millionen Mark gegeben, der Anfertigung entsprechend, die der Preußische immer in solchen Kulturfragen bewiesen hat. Nicht 2, sondern 3 Millionen Mark hätte der Staat bewilligen müssen. Was das Verbindungsverbot anlangt, so habe der Reichskanzler im Juni 1896 gerufen, dass er eine einfache Aufhebung des Verbots in Preußen wahrscheinlich nicht durchsetzen würde, gleichwohl aber habe der Kanzler geschwiegen und es gelitten, dass Tags darauf Herr v. Boetticher erklärte, die Zulassung des Kanizers sei technisch und materiell unannehmbar. Im Gegenjuge zum Reichskanzler, der jetzt kein bestimmtes Versprechen gegeben haben wolle, habe Herr v. Reich im Säch. Landtage erklärt, wir erfüllen mit unserer Vorlage einfach was wir versprochen haben. Vom Grafen Bodoors, der das Koalitionsrecht der Arbeiter als etwas Nebenwünschliches betrachtet, sei in Bezug auf die Sozialreform nichts zu erwarten. Die Bäderverordnung stehe nur auf dem Papier. Seitdem im Vorjah der Arbeitsminister-Kommission Herr v. Notenburg durch Herrn v. Bülowe ersetzt sei, werde dort nur das Interesse der Arbeitgeber vertreten. Die preussische Wegwerfungsverwaltung im Saargebiete habe die Arbeiter zum 1898er Streik direkt gerichtet. Wenn Leute, die andere im Duell ermordet haben, wenn Polizeibeamte, die wegen schwerer Mißhandlungen verurteilt wurden, wenn Sittlichkeitsverbrecher aus höchsten Kreisen begnadigt werden, und wenn dem gegenüber Arbeiter, die einmal Streik oder Erzeße begangen hatten, keine Begnadigung erlangen und nicht wieder zur Arbeit zugelassen werden, so charakterisiert das wohl zur Genüge das Wesen mit zweierlei Maß. Zwischen den solofalen militärischen und Flottenstützungen und den Friedensbestrebungen der Monarchen bestehe ein fließender Widerspruch. Redner verweist in dieser Beziehung auf den Tod des Kaisers bei der letzten Zusammenkunft mit dem russischen Kaiser. Wenn die Herren zusammenkommen, fließen sie über von fleischlichen Besprechungen, und da kündigt man uns jetzt noch eine Antikriegsvorlage an. Nach dem Ausdruck des Staatssekretärs Grafen Bodoors müßten die Arbeiter eine weitere Vertretung der notwendigen Lebensmittel genötigen, nachdem man ihnen auch das Reich durch Schweine-Einfuhrverbot rücksichtslos verheeren habe. Graf Bodoors hat von allerlei sozialistischen Unternehmungen gesprochen, die zu Grunde gegangen seien. Welche Reizeit eines Ministeriums am Ende des 19. Jahrhunderts? Sozialistische Unternehmungen sind in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt unmöglich. Unter dem Grafen Bodoors ist die Sozialreform so gut wie eingelagert worden. Graf Bodoors: Warten Sie doch ab! Graf Bodoors batte lieber im Saagamt bleiben sollen, da wäste er besser hin. (Beifall links.) — Abg. Daffie (nat.-lib.) bemerkt in seinem eigenen Namen, es sei eines hochpolitischen, politisch weisen Volkes nicht würdig, wenn der Reichstag sich in einer so hochpolitischen Frage Reichsweite aufsetze. Wie die Lage unserer deutschen Völker in Oesterreich sei, so müßten wir ihnen unbedingt unsere Sympathien zu ihrem Kampfe gegen erzechte Bedrückungen aussprechen. Eine tiefere Zeitung lehnt die Sympathie für unsere Brüder in Oesterreich ab, weil sie Demokraten seien. Aber mir steht ein demokratischer vöther Volksgenosse, Bauer oder Arbeiter, noch immer näher als der höchste Pole oder Gecke. Schlimmer aber als das sind die weltlichen Weichmücken, die wir gestern gehört haben. Staatssekretär v. Bülow hat gestern gemeint, wir dürften uns nicht in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einmischen, aber wir dürfen dann auch nicht dulden, daß man sich in unsere Angelegenheiten hineinmischet. Ein hoher Beamter in Pest hat die Rede unseres Kaisers in Pest dahin ausgelegt, daß er es zulassen werde, wenn das Recht mit Zügen getreten werde. Ich hoffe, der Reichskanzler wird seinen Anteil daran lassen, daß die Rede nicht so ausgelegt werden darf. — Abg. v. Carlinski (Soz.): Nicht die Gerecht und Polen hätten den Kampf in Oesterreich heraufbeschworen. Er verlangt, daß man vor Allem den Polen auch in Preußen Gerechtigkeit widerfahren lassen möge. — Abg. Dahn (nat.-lib.) bringt die Verhandlung eines deutschen Lehrers in Preußen zur Sprache und tritt alsdann lebhaft für eine die Interessen der Landwirtschaft wahrnehmende Wirtschaftspolitik ein, namentlich auch die Vieheinfuhrverbote vertheidigend. Eine unanschaulische Handhabung des Vieheinfuhrverbotes müßte von der Regierung erachtet werden. Der Bund der Landwirtschaftsbesitzer der internationalen Zwischenhandelt, der durch den Schußverband gegen agrarische Uebergriffe gebildet wurde. Die Gegenstände zwischen den großen und kleinen Grundbesitzern in der Hand der Landwirtschaft auszugleichen, während der Schußverband und Herr Richter sie zu verächtlichen trachteten. — Abg. Ahlwardt (Antikemist): Auf dem Boden der bisherigen Gesetzgebung ist ein Gebahren des Mittelstandes nicht möglich, hier muß mit energischen Mitteln geholfen werden, man muß seinen Kredit erheben, zu seinen Gunsten die Großbetriebe belasten und eine prozentuale Umfassung einführen. Kleinen Handwerfern müsse auch von der Reichsbank Kredit gewährt werden und die Reichsbank-Kredite müßten amortisierbar sein. Redner beklagt sich, darüber ausgelacht zu werden und verlangt, daß er wenigstens von der Redten ernst genommen werde. Die Landwirtschaft muß suchen, für ihre Produkte mehr zu bekommen, ohne daß der

### Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Dezember.

\* Berlin. Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht eine Kabinetsorder, wonach vom Herbst 1898 ab die Trainsozialen in der Regel nach einjähriger aktiver Dienstzeit zur Reserve zu beurlauben sind.  
\* Kiel. Während seiner Anwesenheit auf dem Kreuzer „Gefion“ hielt der Kaiser eine Ansprache an die Besatzung. In der Se. Majestät dieselbe ermahnte, eingedenk des fahnentragenden Korbententapantans Jollensins bracht drei Durstabs an der Kaiser aus.  
\* Kiel. Im König. Schlosse fand heute Abend Tafel statt, wobei der Kaiser einen Terminsucht ausbrachte.  
\* Madrid. Die Regentin empfing heute den General Wenter. Die Audienz währte 1/2 Stunde.  
\* Berlin. Reichstag. Ein schleuniger Antrag des Abg. Richter (freif. Ver.) wegen Einstellung eines gegen den Abg. Dr. Buchholz bei dem Landgericht in Sargard schwebenden Strafverfahrens auf die Dauer der Session wird angenommen. Daraus folgt die Fortsetzung der ersten Verhandlung des Reichshaushaltsetats. — Abg. Graf Kanitz (konf.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Richter, betz. die Ausführung des Vörsengesetzes. Redner wiederholt, dass Verbot des Getreidevertriebs ein wohlüberlegter Schritt zur Gesundung des Vörsenhandels gewesen. In Süddeutschland kenne man den Terminhandel nicht; in Bayern wolle man davon überhaupt nichts wissen. Der Versuch der Wiedereröffnung des Terminhandels werde mit berechtigter Majorität abgelehnt werden, die ihr leinereit angezogen habe. Glaube man etwa, dass die Getreidehändler in Berlin im Jeenpalast und im Heiligengeist-Hospital so viel Umständen gemacht hätten nur im Interesse der Landwirtschaft? (Beifall.) Dass die Regierung durch die Entschaffung des Oberverwaltungsgerichts einen festen Boden zu gewinnen suche, wie der Handelsminister Briefsch angeführt habe, batte er für den richtigen Standpunkt. Sollte aber das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung des Bezirksauschusses befähigen, dass die Jeenpalast-Verordnungen keine Wäre seien, so müße allerdings eine Novelle zum Vörsengesetz eingebracht werden, die auch solche Verordnungen den Vörsen ausschleße. Redner beipflichtet ferner die weitere Entloftung des sächsischen Landes und den Anhebung der Arbeitskräfte in den Städten. Man gönne der Industrie ihren Ansehens, aber die Landwirtschaft wolle auch mit fortschreiten.

Grund's  
Rechtliche Grundrisslehre,  
Dresdner Meißner Schb. Grund, Buchverl. 79.